

Bezugspreis:

Bestellpreis 30.- M., monatlich 10.- M., für ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezugs monatlich 10.- M., zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 18.00 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal, Aufstellung 21.50 M. Postbezugsleistungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Norwegen, Schweden und die Schweiz. — Einsetzungen in die Postzeitungs-Verträge.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Reiz“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 25. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Entwaffnungsdebatte in Paris.

Der erste Konferenztag.

Paris, 24. Januar. (Z.) Die erste Sitzung der Interalliierten Konferenz hat morgens 11 Uhr begonnen. Es waren zugegen für Frankreich Briand, unterstützt von Berthelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Sforza, Graf Bonin-Langaro und Marquis Tostelli, für Belgien Außenminister Jaspar, für Japan Baron Ishi. Jede Delegation hat zwei Sekretäre. Die Sachverhaltigen sollen erst bei der Besprechung von Fragen eingeführt werden, für die ihre Meinung eingeholt wird.

Nach einigen Begrüßungsworten Briands wird ein Bericht über den Inhalt der Tagesordnung verlesen. Man beschließt, als erste Frage diejenige zu besprechen, die die Entwaffnung der Konferenz veranlaßt hat, die Frage der Entwaffnung. Die Sachverhaltigen werden eingeführt und zwar für Frankreich Barthou und Marshall Foch, begleitet von den Generälen Weygand und Nollet, für England Marshall Wilson und General Bingham, für Belgien General Magliuse, für Italien General Mariotti. Marshall Foch verlas eine Zusammenfassung der Feststellungen des Berichtes des Interalliierten Ausschusses vom 30. Dezember 1920. Er schilderte sodann die gegenwärtige Lage Deutschlands bezüglich der Entwaffnung und der Effektivbestände. Die Debatte wurde nachmittags fortgesetzt.

Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferungen zur Behandlung kommen werde. Dann werde vielleicht die Orientfrage erledigt und erst nachher das Reparationsproblem. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Paris, 24. Januar. (Havas.) Marshall Foch hat in dem Bericht, den er am 30. Dezember namens des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles erstattete und in der heutigen Vormittagsitzung der Pariser Konferenz zusammenfaßte, in neun einzelnen aufgeführten Punkten Feststellungen über von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllte Forderungen gemacht.

Differenzen?

Paris, 24. Januar. (Z.) In der heutigen Vormittagsitzung ergab sich, wie in Konferenztönen verläutet, eine Kontroverse zwischen den Generälen Nollet und Bingham über die Stärke der deutschen Truppenbestände. Der italienische General Mariotti griff vermittelnd in die Debatte ein mit der Erklärung, daß es heute weniger wichtig sei, nach einigen Waffen und Geschützen in Deutschland zu suchen, als die Entwaffnung Deutschlands in großem Maßstabe durchzuführen. Die Nachmittagsitzung wird zu einem endgültigen Beschluß der Alliierten führen. Die genaueren Ergebnisse können zur Stunde noch nicht mitgeteilt werden, doch darf man mit Sicherheit annehmen, daß die Auflösung der Einwohnervorteile beschlossen werden wird. Ferner dürften Strafmaßnahmen politischer wie auch militärischer Natur in Aussicht genommen werden.

Gutachter Bergmann.

Paris, 24. Januar. (Z.) Halbamtlich verlautet: Es sei möglich, daß die englische Abordnung in Paris den Plan in Aussicht nimmt, sich der Anwesenheit des Staatssekretärs Bergmann in Paris zu bedienen, um ihn einzuladen, eine gutachtliche Erklärung über die Zahlungsfähigkeit und die Lieferungen Deutschlands abzugeben. In keinem Falle würde aber Bergmann an den Verhandlungen persönlich teilnehmen. Ein bestimmter Beschluß in dieser Richtung wurde noch nicht gefaßt.

Paris, 24. Januar. (W.T.B.) Der „Temps“ sagt, entgegen anderslautenden Berichten habe die englische Delegation keinen Vorschlag gemacht oder Vorbereitungen getroffen, die darauf abzielen, im Laufe der Beratungen der jetzt laufenden Pariser Konferenz Mitglieder oder Vertreter der deutschen Regierung zuzulassen. Es sei aber möglich, daß es in der Zukunft für notwendig gehalten werde, eine Begannung zwischen Mitgliedern der alliierten und der deutschen Regierung herbeizuführen, um Deutschland die Lösungen zur Kenntnis zu bringen, über die sich die Alliierten in bezug auf die Entschädigungsfrage geeinigt hätten.

Simons zur Außenpolitik.

In der Fortsetzung der Debatte über den Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes, der Montag im Hauptauschuß des Reichstags Gegenstand der Tagesordnung war, ergriff nach vorangegangener Debatte Reichsminister Dr. Simons das Wort: Die hohe Zahl der Beamten im Auswärtigen Amt ist auf die Mehrarbeit, die der Friedensvertrag mit sich bringt, zurückzuführen. Der Frage der mittleren Beamten und ihrer Übernahme in den höheren Dienst wird besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die mittleren Beamten sind

das Skelett des auswärtigen Dienstes.

Leider bedeutet das Besoldungsgesetz für sie einen Rückschritt. Die Zusammenlegung der Postämter in Paris und der Friedensdelegation ebendort ist in Aussicht genommen. Die nötigen Schritte sind eingeleitet, der Abbau der Friedensdelegation wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Vertrag zwischen W.T.B. und Havas wird in der Spezialdebatte behandelt werden. Jeder Beamte, der es nicht über sich bringt, der heutigen Verfassung zu dienen, muß seinen Abschied nehmen, gleichgültig, wie im einzelnen seine politische Auffassung ist, muß doch von den Beamten des auswärtigen Dienstes verlangt werden, daß sie in Reden und Handlungen

das Ansehen des Deutschen Reiches in seiner jetzigen Form nicht schädigen oder herabsetzen.

Die Frage der Kulturpolitik im Ausland wird mit besonderer Sorgfalt verfolgt. Der Minister wendet sich dann der Reparationsfrage zu. Er gibt einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen und die Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festlegung von Annuitäten für 5 Jahre maßgebend gewesen sind. Er betont, daß wir uns auf die Festlegung der Gesamtschuldsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrag bis zum 1. Mai d. J. erwarten darf, nur verpflichten können, wenn wir uns vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der uns auferlegten Last verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begonnen. Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methode der Leistungen, so muß es bei der Festlegung der Gesamtschuld zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbiliges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde. Auf der anderen Seite darf die Regierung nicht verkümmern, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienen kann. Sie muß ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Selbstbestimmungsrecht in Praxis!

London, 24. Januar. (Holländisch Newsbureau.) Die der „Observer“ mittelt, spielt die österreichische Frage auf der Zusammenkunft des Obersten Rates mit die erste Rolle. Das Blatt schreibt: Wenn Österreich untergeht, wird die Tschechoslowakei und vermutlich auch Jugoslawien folgen. Wien ist der einzige Pfad für eine Berechnungsstelle im Südoften. Wenn der Vorschlag Sir William Goodes hinsichtlich einer alliierten Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling nicht angenommen werden kann, muß ein anderer Reifungsweg gesucht werden. Es ist aber unmöglich, daß der Plan nicht angenommen wird, da Frankreich, Italien und Amerika geneigt sind, ihn zu unterstützen und Anteile an sich zu nehmen.

Die Kontrolle und die Verwaltung Österreichs

würde vermutlich mitübernommen werden. Aber das österreichische Volk könnte Wunderbares unter der Kontrolle der Alliierten erleben, wenn es nur die Sicherheit hat, daß es wirtschaftlich unterliegt wird.

London, 24. Januar. (W.T.B.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, wodurch alle Ausgaben in Zukunft der internationalen Finanzkontrolle unterstellt werden. Die Verwaltung der „Dette Publique“ stellte sofort 400 000 türkische Pfund gegen Sicherheit eines Golddepots bei der Ottomanischen Bank zur Verfügung.

Griechenflucht in Kleinasien.

Aöln, 24. Januar. („Aöln. Ztg.“) Nach der Radio-Agentur sollen die Truppen von Mustafa Kemal Pascha dem griechischen Heer bei Estschicht eine schwere Niederlage beigebracht haben. Man spricht von 2000 Toten und Verwundeten. Nach der „Chicago Tribune“ sollen 3000 Flüchtlinge bereits in Konstantinopel angekommen sein. Nach einer Meldung der „Information“ beginne der Sieg Mustafa Kemal Paschas trotz der strengen Zensur der Engländer auf die öffentliche Meinung in Konstantinopel einen großen Einfluß auszuüben. Reisende aus Athen allerdings versicherten, in Athen wisse man nicht, was sich in Anatolien abspiele.

Deutschland und Sowjet-Rußland.

Auf der Durchreise nach Rostau teilte Wigdor Kopp dem Rigauer Vertreter der „Dena“ mit, daß die Frage der förmlichen Anerkennung einer russischen Handelsdelegation in Deutschland bestriedigend gelöst

sei. Er bezeichnete die Aussichten für die deutsch-russischen Handelsbeziehungen als überaus vielversprechend, da die deutschen Industriellen, die vor dem Kriege zumeist für den russischen Markt gearbeitet hätten, bemüht seien, zu ernsthaften geschäftlichen Abmachungen mit Rußland zu gelangen. Da Kopp's Ankunft in Rostau mit Krassins Rückkehr aus London zusammenfalle, dürfe man annehmen, daß die Frage der Handelsbeziehungen Rußlands zu den westeuropäischen Völkern überall in ihrer vollen Tragweite mehr und mehr erkannt werde, ganz besonders in Deutschland, über dessen kommerzielle Möglichkeiten er in Rostau Vorzüge berichten könne.

Angeichts der anhaltend guten Beziehungen zwischen Lettland und Rußland würden

Elbau und Riga im russisch-deutschen Transitverkehr

immer wichtiger, in demselben Maße steige auch die Bedeutung der lettischen Eisenbahnen.

Hinsichtlich des Kriegsgefangenaustausches erklärte Kopp, daß demnächst die Transporte über Lettland einsetzten würden, da Rußland rollendes Material zur Verfügung gestellt habe. Die jetzigen Verhandlungen in Riga hätten nur noch technische Einzelheiten zu ordnen.

Nach Meldung des finnischen Blattes „Suomen Socialdemokraati“ ist der Präsident der russischen Friedensdelegation in Dorpat Kerschtschossow zum Sowjetvertreter in Stockholm ernannt worden.

Kaltes Blut!

Von Karl Donsky-Kattowitz.

Die Schreckensnachrichten aus Oberschlesien häufen sich in letzter Zeit in bedenklicher Weise. Nicht jeder Meldung ist anzusehen, wie weit Sensationslust und politische Absicht etwa eine Aufschaukelung herbeigeführt hat. Deshalb sind auch ernsthaftige Blätter oft genötigt, Meldungen wiederzugeben, die sich in Oberschlesien schließlich als böse Lendenznachrichten darstellen. Die Ausführungen des Genossen Donsky warnen vor nationalistischen Ueberreibungen gerade im Interesse der ober-schlesischen deutschen Arbeiter.

Die letzten deutschen Notizen über Oberschlesien und die sich daran knüpfenden Presseäußerungen haben in Deutschland eine nervöse Stimmung erzeugt. Allgemein scheint die Auffassung durchzubringen, daß die Interalliierte Kommission nicht für die nötige Ruhe und Ordnung in Oberschlesien während der Abstimmung einstehen könne. Es wäre bedauerlich, wenn sich die Abstimmungsberechtigten im Reiche deswegen zurückhalten ließen, ihre Pflicht zu tun.

Tatsächlich ist von einer Beunruhigung in dem Umfange, wie die Notizen fürchten lassen, durchaus nichts zu merken. Im Gegenteil scheinen die Maßnahmen der Interalliierten Kommission die Ruhe vor und während der Abstimmung unbedingt zu verbürgen. Jedenfalls ist aus ihren bisherigen Berordnungen zu ersehen, daß es ihr ernst ist mit dieser Pflicht. Es wäre auch sehr sonderbar, wenn sie hier nachlässig sein würde. Die Augen der ganzen Welt sind Augenblicklich auf Oberschlesien gerichtet. Jeder Mißgriff der gegenwärtigen Regierung wird peinlich beobachtet. Dem Botenrat kann wahrhaftig nichts daran liegen, die Abstimmung irgendwie stören zu lassen. Man kann also mit Sicherheit annehmen, daß die Entente ihren ganzen Einfluß aufbietet, um unliebsame Störungen für die nächsten Monate von Oberschlesien fernzuhalten.

Vielleicht wäre es doch angebracht, wenn man an amtlicher Stelle etwas mehr kaltes Blut zeigen würde. Bewiß überschreiten die Kriminalfälle in Oberschlesien in der letzten Zeit bei weitem den Durchschnitt des Reiches; aber das ist doch die typische Erscheinung in Industriezentren. Keinesfalls ist es aber angehängig, jeden einzelnen Kriminalfall zu einer politischen Handlung zu stampeln. Damit ist uns sehr wenig gedient. Zieht man aber die einfachen Verbrechen ab, dann bleiben herzlich wenig Delikte übrig, die man als rein politische bewerten kann. Und auch diese wenigen sind zum weitaus größten Teile nicht zurückzuführen auf den politischen Fanatismus der Polen oder der Deutschen. Man wird nicht fehl gehen, wenn man sie als wohlüberlegte Arbeit bezahlter Subjekte ansieht, denen es vollständig gleichgültig ist, ob sie eine polnische oder eine deutsche Mark in die Hand gedrückt bekommen. Leider hat die auf beiden Seiten mit ungeheuerlichen Mitteln betriebene Agitation eine Korruption geschaffen, die in der Welt ihresgleichen sucht.

Wie schon oben betont, kann man der festen Ueberzeugung sein, daß die Interalliierte Kommission mit diesen Auswüchsen des Verbrechertums fertig wird und die Ruhe und Ordnung sicherstellt. Es wird ihr dies um so leichter, weil ihr ja doch nicht nur die Gewerkschaften beider Nationalitäten, sondern auch die politischen Parteien in dieser sehr notwendigen Verwaltungsarbeit zur Seite stehen. Die Arbeiter Oberschlesiens haben es bald begriffen, daß in diesem gefahren Zustand sie die Leidtragenden sind. Schon vor Wochen traten ihre Vertreter aller Richtungen und Parteien in Kattowitz zusammen, um bei der Interalliierten Kommission geeignete Maßnahmen zur Herstellung der Sicherheit zu fordern. Diesem Wunsche der Arbeiter ist rasch entsprochen worden. Die Arbeiter Oberschlesiens können beruhigt feststellen, daß seit einiger Zeit der behördliche Apparat und die militärischen Machtmittel energisch angewandt werden. Das hat die erfreuliche Wirkung, daß die kriminellen Vergehen abgenommen haben.

Daß polnische Stotrupps vorhanden sind, muß nach den uns zugegangenen Informationen als sicher angenommen werden. Das polnische Plebiszitkommissariat scheint für die Unterhaltung dieser halb militärischen Organisationen große Geldmittel aufzuwenden. Die Interalliierte Kommission wird sich gerade dieser Einrichtung besonders liebevoll annehmen müssen. Schwerlich werden die polnischen Banden versuchen, die Abstimmung zu stören. Herr Korsantj ist ein viel zu geriffener Fuchs, als daß er sich diese Blöße gäbe. Aber zweifellos bilden die polnischen Stotrupps eine große Gefahr für das Industriegebiet, ohne daß sie tätig eingreifen, würden sie schon durch ihr Dasein niederdrückend auf die deutschpreussische Bevölkerung. Solange sie also geduldet werden, kann von einer unbeeinträchtigten Abstimmung nicht die Rede sein.

Aber wenn die Polen sündigen, so ist dies für die Deutschen noch lange kein Grund, das gleiche zu tun. Und leider liegen bedenkliche Anzeichen vor, daß unverantwortliche Personen die Absicht haben, den polnischen Stotrupps eine ähnlich geartete deutsche Einrichtung entgegenzustellen. Dagegen muß sich die Arbeiterchaft Oberschlesiens ganz entschieden verwahren. Diese nationalistisch gedrickten, bewaffneten Banden sind ihr am gefährlichsten, ob sie nun aus polnischem oder aus deutschem Lager stammen, ob sie Stotrupp oder Selbstschutz heißen. Wir sind fest davon überzeugt, daß keine maßgebende

Person in Deutschland mit diesen Dingen etwas zu tun hat, aber es muß unbedingt gefordert werden, daß die Förderung solcher Bestrebungen im Reiche als Verbrechen verfolgt wird. Dazu gehört allerdings auch die Verwendung von Geldern für diese Zwecke, und darin ist der oberösterreichische Großgrundbesitz nicht ganz unschuldig. Es ist bekannt, daß der Baron Rudolf v. Falkenhausen 8810 M. für den „Selbstschutz“ gespendet hat. Der Graf v. Franken-Sierstorf auf Freudenort stiftete 7350 M. für diesen edlen Zweck und der Freiherr v. Friedenthal-Falkenhausen 11 050 M. Jeder dieser Großgrundbesitzer opferte für den Hektar 10 M. Die Großgrundbesitzer des besetzten Oberösterreichs haben sich mit einer etwas geringeren Summe begnügt.

Abgesehen davon, daß die Geschmähigkeit eines solchen Selbstschutzes doch höchst fragwürdiger Art ist, kann man ruhig annehmen, daß er sich im Ernstfalle besonders gegen die Arbeiter richten wird. Dabei wird er keinen Unterschied machen zwischen polnischen und deutschen Proletariern. Ebensovienig wie der polnische Selbstschutz einen Unterschied zwischen deutschen und polnischen Arbeitern macht. Wir haben also als Sozialisten berechtigete Gründe, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit verantwortlichen Stellen zu warnen, besonders die Reichsbehörden. Es wäre bedauerlich, wenn sie nur ständig wie hypnotisiert nach Kongresspolen hinüberstarrten und dabei die Vorgänge an der eigenen oberösterreichischen Grenze außer acht ließen. Gewiß hat die Interalliierte Kommission die Verantwortung für Ruhe und Ordnung in Oberösterreich, aber die Reichsbehörden haben die Pflicht, ihr diese Aufgabe nicht unnötig zu erschweren. Soll die Abstimmung friedlich und gerecht verlaufen, dann darf man auch im Reiche nichts dulden, was sie gefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, daß sie günstig für uns Deutsche ausfallen wird. Aber die Abstimmung ist nicht die Abgrenzung, und es ist dringend notwendig, daß unser moralisches Recht in Paris so gewaltig ins Gewicht fällt, daß man es dort nicht wagt, auch nur einen Teil Oberösterreichs vom Reiche abzutrennen.

Deutsche Beschwerden.

In einem Telegramm an Le Rond beschwert sich Dr. Urbanek darüber, daß die amtliche Auslegung der Abstimmungsbeschlüsse durch den „Service du Plebiscite“ von den polnischen Mitgliedern der Abstimmungsbehörden nicht anerkannt wird, weil sie vom deutschen Abstimmungsbureau weitergeleitet werden. Beispiele dieser Sabotage werden angeführt. Urbanek fordert amtliche Befolgung dieser Auslegungen an alle Behörden.

Die Harmlosen und die Fürchterlichen.

Ein Spiel mit vertauschten Rollen.

Die „Rote Fahne“ ist sehr ungehalten darüber, daß der „Vorwärts“ ihren Hereinfall mit dem angeblichen Rundschreiben der Escherich, Lubendorff und Reventlow nicht mitgemacht hat. Wir können aber nur wiederholen, daß jeder, der Verhältnisse und Menschen einigermaßen kennt, von vornherein davon überzeugt sein mußte, daß den Genannten die Dummheit, ein derartiges Schriftstück zu unterzeichnen, nicht anzutragen ist. Leider sind die Führer der deutschen Reaktion nicht so ungeschickt, sich auf solche Weise zu kompromittieren, derlei Kündigungen überlassen sie den Kommunisten, die denn auch auf diesem Gebiet alles Erdentliche leisten.

Die Orgeleule erklärt jeden Tag, daß sie die friedlichsten Leute von der Welt seien, daß sie gar nichts anderes wollten, als die Verfassung und die Ordnung schützen, sie bieten alle Schläue auf, um die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen und den Behörden das Zugreifen zu erschweren. Was tun inzwischen die Kommunisten? Ein paar dumme Jungen mit einem Oberleutnant d. R. an der Spitze haben auf dem Papier eine großartige „Rote Armee“ für Westdeutschland

geschaffen und geniale Pläne zur militärischen Eroberung Deutschlands ausgeheckt, sind aber natürlich, nach ehe sie zur Ausführung kamen, der Polizei ins Garn gelaufen. Die „Rote Fahne“, die nicht zugeben will, wie lächerlich solche Kindergeichten sind, schreibt nun dazu:

Daß wir Kommunisten die Räterepublik erkämpfen wollen und daß wir nicht glauben, mit dem Stimmzettel die bewaffnete Bourgeoisie über den Haufen zu werfen, um das auszumitteln, braucht Herr von Seckl keinen Finger zu krümmen.

Das kann er jeden Tag in 30 kommunistischen Zeitungen lesen. Das kann er jeden Tag auf einem Dugend Parlamentaristribünen hören, wenn er es noch nicht weiß.

Nachdem dann das Vorhandensein „konkreter Vorbereitungen“ geleugnet worden, fährt die „Rote Fahne“ gleich wieder fort zu renommieren, die Regierung werde „von der Arbeiterschaft im offenen Kampfe“ gestürzt werden. Natürlich ist die deutschnationalen „Deutsche Zeitung“ über diese „Aufsichtigkeiten“ sehr erfreut, das ist ja für sie wie auf Bestellung gearbeitet, und auch die „Volkszeitung“ schreibt von den „Gesandnissen“ der „Roten Fahne“. Während also die einen wirklich rüsten und sich als die harmlosesten Leute von der Welt geben, versuchen die andern ihre wirkliche Harmlosigkeit zu verbergen, indem sie in die Welt hinausbrüllen, sie rüsteten „zum offenen Kampfe“. Die einen sind Wölfe im Schafpelz, die andern Schafe im Wolfspelz. Das Ganze aber ist nicht Klassenkampf, sondern höchstens eine Parodie auf ihn, bedauerndwert die Proletarier, die das noch immer nicht erkennen!

Kommunistische Erfindung.

Das Berliner Kommunistenorgan, die „Rote Fahne“, bemüht sich eifrig, durch Wiedergabe von verdrehten und entstellten Versammlungsberichten aus dem Reich den indifferenten Anhang glauben zu machen, daß die Übergroße Mehrheit der Arbeiter in der Tat „für die proletarische Einheitsfront“ nach kommunistischem Muster im Sinne des offenen Briefes der U.S.P. zu haben sei. In welcher Weise diese Stimmungsmache betrieben wird, lehrt ein Bericht aus Jena. Dort soll ein offizieller Vertreter der S.P.D. die sozialdemokratische Parteibureaucratie stark angegriffen und aufgefordert haben, gegen die Stellung der „zentralen Körperschaften Front zu machen“. Unter anderem sagt der Bericht aus, daß sich die ganze Versammlung, die von 1800 S.P.D.-Leuten besucht gewesen sein soll, auf den Boden des Offenen Briefes der U.S.P. stellte.

Es entspricht bekanntlich der Taktik der U.S.P., auch durch Schwindel die Welt zu revolutionieren. Diese Methode ist allbekannt. Auch in der Jenaer Meldung liegt blanke Erfindung vor. Tatsächlich haben sowohl die Vertreter unserer Partei als auch die der U.S.P., soweit sie überhaupt der gemeinschaftlichen Versammlung beiwohnten, scharf gegen die Kampfweise und die Taktik der U.S.P. Stellung genommen. Was die „Annahme“ der Resolution anbelangt, die von der „Roten Fahne“ freudbestrahlend gemeldet wurde, so ist sie mit Veninischer „List und Schlaueit“ vorgetäuscht worden. Die Versammlung in Jena dauerte bis nachts 1 Uhr. Als sich bei der vorgeschrittenen Zeit die Versammlungsteilnehmer ansahen, das Vokal zu verlassen und sich bereits von den Stühlen erhoben hatten, ersuchte der Versammlungsleiter, daß sich diejenigen, die sich für eine Resolution des Offenen Briefes der U.S.P. erklären wollten, „von den Plätzen erheben“ möchten. Da der größte Teil der Versammelten schon „stand“, so konstatierte der Leiter der Versammlung die „Annahme“ der Resolution. Daß diese Art der Abstimmung eine „Annahme“ ergeben mußte, leuchtet jedem ein, der nicht das erstmal eine Versammlung besucht hat. Aber trotz dieser vorgetauschten Annahme denkt unsere Jenaer Parteigenossenschaft nicht daran, sich auch nur im geringsten vor den bankrotten Parteikarren der U.S.P. zu spannen.

Die „Rote Fahne“ spricht übrigens von 3000 Teilnehmern jener Versammlung, wovon 1800 S.P.D. gewesen wären. Das Vokal faßt aber nur 1600 Personen!

Wirth auf dem Rückzug.

Der Steuerauschuß des Reichstages verhandelte am Montag zunächst über den Entwurf eines Rayonsteuergesetzes, das den unverdienten Wertzuwachs von Festungsgelände erfassen will, brach aber die Beratung ab, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich mit den aufgeworfenen Fragen zu befassen. — Bei der Weiterberatung des Rayonsteuergesetzes gab der Reichsfinanzminister hinsichtlich der Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihen eine entgegenkommende Erklärung ab. Danach sollen bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides die nachweislich selbstgezeichneten Stücke Kriegsanleihe zum Nennwert in Zahlung genommen werden. — Abg. Kell (Soz.): Die Erklärungen des Ministers gehen viel zu weit. Sie bedeuten eine Einschränkung des Reichsanwalters zuungunsten der anderen Steuerzahler. Wir machen einen Abbau der Besitzsteuern nicht mit. — Der Minister verweist auf § 49 des Rayonsteuergesetzes, der ihm erlaube, Härten des Gesetzes zu beseitigen. — Abg. Herold (Z.) bittet, daß auch diejenige Kriegsanleihe in Zahlung gegeben werden kann, die als Schenkung an Familienmitglieder abgegeben worden ist. — Abg. Dr. Hefterich (Nat. Sp.) begrüßt das Entgegenkommen des Ministers und erwartet, daß dieses Entgegenkommen auch noch in anderen Punkten betätigt werde.

Vogel nicht amnestiert!

Gegen die Entscheidung der 3. Strafkammer des Landgerichts II, die die Amnestierung des Oberleutnants Vogel aussprach, hatte der Anlagerevertreter Beschwerde beim Straffenat des Kammergerichts, als der letzten Instanz, erhoben. Der Straffenat des Kammergerichts hat sich nun am Freitag voriger Woche mit dieser Beschwerde beschäftigt und ihr nach eingehender Beratung Folge gegeben. Da die Entscheidung des Straffenats des Kammergerichts eine endgültige ist, bleibt das gegen Oberleutnant Vogel ausgesprochene Urteil des Feldkriegsgerichts der Gardebavalleriegeschüßendivision bestehen.

Im Anschluß an die Amnestierung Oberst. Vogels wurde von Rechtsanwalt Dr. Weinberg an das zuständige Landgericht eine Eingabe gerichtet, in der auf Grund einer inzwischen veröffentlichten Aussage des Hauptangeklagten im Luxemburg-Liebkecht-Prozess, des Husaren Otto Runge, um die Wiederaufnahme des Strafverfahrens ersucht worden ist. Otto Runge schildert in dieser Aussage genau die Vorgänge, die der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vorangingen und erhebt nicht nur schwere Beschuldigungen gegen die früheren Angeklagten im Liebknecht-Luxemburg-Prozess, sondern auch gegen den damals die Untersuchung führenden Kriegsgerichtsrat Jörn. Runge ist inzwischen bereits wegen der in seinem Protokoll enthaltenen Angaben vernommen worden und hielt bei seiner Vernehmung seine Beschuldigungen aufrecht. Die Ermittlungen, wie weit seine Angaben richtig sind, haben bereits begonnen. Ob sie zu einer Wiederaufnahme des Strafverfahrens führen werden, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Ein Nachspiel der Märzämpfe.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte an zwei Sitzungstagen die Anklage gegen den Bischofswelder Mechaniker Max Markus, der des Totschlages in zwei Fällen, des Betruges und der Unterschlagung beschuldigt war. Die Straffache hat schon mehrmals großes Aufsehen erregt durch die Tatsache, daß der Angeklagte als Militärgefangener seinerzeit in der Untersuchungshaft vollständig vergessen worden war, sowie durch die Veröffentlichung der Vorgänge, die der jetzigen Anklage zu Grunde liegen, in der „Freiheit“. Das Verfahren war ursprünglich wegen sechsfachen Mordes eröffnet worden, es wurde aber wegen nicht ausreichenden Verdachts eingestellt und der Angeklagte insoweit außer Verfolgung gesetzt. Dagegen wurde ihm die vorläufige, nicht mit Verurteilung begangene Tötung zweier Personen zur Last gelegt. Es handelt sich um

Opfer der Märzunruhen.

die am 12. März 1919 von dem Angeklagten erschossen worden sind. Der Angeklagte trat im März 1919 beim Freikorps Lüchow ein. Unter seiner Führung wurden 25 Mann der Schwadron zur

Arbeitsunterricht und Staatsbürgerkunde

Von Dr. Erich Witte.

Nach Artikel 143 der Reichsverfassung sollen Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht Lehrfächer der Schulen sein. Gemeint ist hier die körperliche Arbeit. Es soll eine Art ABC der Technik gelehrt und geübt werden, mit dem Gebrauch der notwendigsten Arbeitsgeräte, des Spatens, des Hobels, des Hammers soll der Schüler vertraut werden. Aber der Arbeitsunterricht ist nicht nur ein Lehrfach, sondern er hat auch die Bedeutung einer Lehrmethode. Wenn zum Beispiel ein Strauch in der Botanik nicht nur den Schülern gezeigt und erklärt wird, sondern wenn sie ihn auch in einen Garten pflanzen, pflegen und begießen müssen, so zeigen sie ein lebhafteres Interesse für ihn und können daher in derselben Zeit weit mehr über ihn lernen. Denn sie gebrauchen nicht nur Auge und Ohr, sondern auch die Hände und die anderen Gliedmaßen. Aus demselben Grunde hat man in Physik und Chemie Schülerübungen eingeführt. Wenn ich im fremdsprachlichen Unterricht die Zeitwörter „gehen, laufen, aufstehen, sich setzen, öffnen, schließen, reiben, legen“ durchnehme, so prägen sich die Schüler wegen des größeren Interesses die französischen Wokabeln weit schneller ein, wenn ich sie die Tätigkeit gleichzeitig ausüben lasse (Öffnet die Bücher! Legt die Bücher auf den Tisch! Steht auf! Setzt euch! usw.). Ebenso kann man aus dieser Verbindung des Lernens mit gleichzeitiger Tätigkeit, also aus dem Arbeitsunterricht als Methode, in der Staatsbürgerkunde Nutzen ziehen. Wenn eine Klasse diejenigen Schüler, welche ein Klassenamt erhalten sollen, selbst wählt, zum Beispiel durch Abgabe von Stimmzetteln, so wird sie ein weit größeres Interesse dem Unterricht entgegenbringen, wenn der Lehrer die verschiedenen Arten des Wahlrechts erklärt. Wenn die Schüler, die ein Klassenamt bekleiden, gezwungen werden, dieses in dem Falle niederzulegen, wo sie nicht mehr das Vertrauen der Mitschüler haben, so werden sie weit leichter begreifen, was eine parlamentarische Regierungsform ist. Wenn zum Beispiel in den oberen Klassen von den Schülern ein kleiner Schülergerichtshof gewählt ist, der in bestimmten Fällen über diejenigen, die sich etwas haben zuschulden kommen lassen, eine Strafe verhängt, so werden die Schüler dem Lehrer ein weit größeres Interesse entgegenbringen, wenn er das Gerichtswesen behandelt; ja, sie werden ihn vielleicht selbst darum bitten, dies durchzuführen. Kirchensteuer berichtet in dem Buche „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“ (S. 72 u. 73), daß in München in einer Fortbildungsschule eine Klasse auf Gegenseitigkeit begründet worden ist, in die jeder Schüler wöchentlich einen Pfennig zu zahlen hatte. Das eingesamelte Geld diente zur Unterstützung von Mitschülern in Fällen unerschuldeter Not. Es ist wohl ganz klar, daß diese Schüler allmählich wehrbarer sein werden, etwas über das Versicherungswesen zu erfahren.

In meiner Schrift „Selbstregierung und Selbstverwaltung der Schüler“ (3 B., Verlag Julius Beltz-Langenlohn) habe ich die verschiedenen Arten derselben dargestellt (Schul-

gemeinde, Klassengemeinde, Klassenämter, Schülerausschüsse, Schülervereine usw.) Auf breiter Grundlage aufgebaut sind diese Organisationen an manchen Schulen Nordamerikas, so daß man dort von einer School City (Schulstadt) spricht. Sie bildet jede Klasse einen Bezirk (eine Provinz) des Staates. Sie wählt mehrere Vertreter, meist zwei, ins Schulparlament, die verfassend- und gesetzgebende Versammlung. Auch besteht an solchen Schulen ein oberster Gerichtshof von Lehrern und Schülern, der Vergehen gegen die Ordnung ahndet, und eine oberste Verwaltungsbehörde, die sich aus einem Schachmeister, einem Gouverneur, einem Sekretär und mehreren anderen Beamten zusammensetzt.

Wilhelm Waldeyer †. Mit Wilhelm Waldeyer ist einer der größten Anatomen, einer der hervorragendsten Gelehrten und einer der anregendsten und geistvollsten Lehrer aus dem Leben geschieden. Am 6. Oktober 1836 in Hehlen (Braunschweig) geboren, studierte er 1856–1858 zuerst Mathematik und Naturwissenschaften und wandte sich dann der Medizin zu, bei deren Studium der Einfluß des berühmten Göttinger Anatomen Henle maßgebend für seine weitere Entwicklung wurde. Bereits seine Promotionschrift über „die Gelenke des Schädelbeins“ zeigte seine Art. Probleme in großen Worten zu behandeln. Er beschränkte sich hier nicht nur auf die rein anatomische Frage, sondern ging auch auf die physiologische Seite des Problems ein. 1864 und 1865 setzte er seine physiologischen Studien fort und habilitierte sich in Breslau für Anatomie und Physiologie. Weiterhin beschäftigte er sich eingehend auch mit pathologischen Fragen und erhielt als Einunddreißigjähriger den Lehrstuhl für pathologische Anatomie in Breslau. Seine bedeutendsten Forschungen über den Krebs und über das Zentralnervensystem bilden seine Hauptarbeit auf dem Gebiete der Pathologie. Er hat in den Arbeiten über das Zentralnervensystem die Neuronentheorie aufgestellt, wonach das „Neuron“ die physiologische und histologische Nerveneinheit sei, eine Lehre, die — wenn auch einseitig — unser Wissen und Verstehen der Nervenfunktion beträchtlich gefördert hat. 1872 wurde Waldeyer als Direktor an das Strahburger Anatomische Institut berufen, von wo er nach einjähriger Tätigkeit 1883 als Ordinarius nach Berlin kam. Hier wirkte er bis 1916 unermüdlich als Forscher und Lehrer. Besonders hervorzuheben waren seine Vorlesungen über topographische Anatomie, die er besonders durch sein großes zeichnerisches Talent noch zu beleben wußte. Die Kenntnisse, die er hierdurch besonders den werdenden Chirurgen vermittelte, verstand er durch unvergleichliche Demonstrationen zu vertiefen, von denen hauptsächlich die über Eingeweidebrüche berühmteste erlangten. Aus der Anzahl seiner wissenschaftlichen Arbeiten können hier nur hervorgehoben werden seine Untersuchungen über den Eierstock, die Zähne, die Lage der Beckenorgane, die Arbeiten über den Bau des Gehirns und Rückenmarkes. 1884 wurde Waldeyer in die Akademie der Wissenschaften aufgenommen und war bis zuletzt ihr ständiger Sekretär. Waldeyer, der Patriarch der deutschen medizinischen Wissenschaft, wurde im Ausland wie bei uns geehrt als eine der markantesten Persönlichkeiten. Im Kreise der Gelehrten verdankt er seine überragende Stellung nicht nur seinem ungewöhnlichen univiersellen Wissen, sondern auch seinem vornehmen Menschentum.

Russen-Mallnee im Schauspielhaus. Die vierte Mittagsveranstaltung im Rahmen der „Stimmen der Völker“ führte nach Russland. Leiter auf diesem Gang ins weite Land der slavischen Seele war Reinhold von Walter; eine seltsame Mischung von Schriftstimmchen, Religiosum und Resolutionsart. Seine Art, Aphoristisches, eng aneinander gereiht, aus dem Manuskript abzulesen, ist kaum der rechte Weg, in ein neues Gebiet einzuführen. Daß der Wälfende trotzdem geradezu Anbacht bei den Zuhörern fand, ist der starken Ergriffenheit und Geistigkeit seiner Aussagen und Urteile zu danken. Die Hörer lernten am lebendigen Beispiel, daß man der slavischen Seele nur religiös nahen kann. Man hätte gern einen Sprecher nach ihm gesehen, der die gräuliche Dialektik des „Großinquisitors“ von Dostojewski sicherer nachgestaltet hätte als Otto Sommerstorf, der in hohler Pathetik alten Hochbrotartikels verhandelte. Auch Ernst Legal, bei allem technischen Können, ist nicht der Mann, Kosatitsches unsentimental zu sprechen, und die Blockade Ballade „Die Zwölf“ hat man in „Schall und Rauch“ auch besser gehört. Bleibt Elfa Wagner, die Puschkin, Turgenjew, Gogol und Tolstoj las und mit ihrer frischen und zum Teil recht humorigen Art die große Plastik dieser Geister einbrudsvoll erstehen ließ. Russische Volkslieder, von Paula Mansfeldt mit sehr schöner Stimme und einem Chor in der Sprache gesungen, schlossen mit der ganzen Schwermut des Slaven den interessanten Vormittag. D. E. S.

Technischer Humbug. Die geheimnisvolle Erfindung eines Ingenieurs v. Unruh, die ungeheure Kräfte durch Atomspaltung frei gemacht haben sollte, spukt seit einiger Zeit durch einen Teil der Presse, der mehr auf sensationelle Unterhaltung der Leser durch Wundergeschichten denn auf Gewissenhaftigkeit aus ist. Wir haben kürzlich bereits Stellung dazu genommen und vor dieser Spekulation gewarnt. Wie das Reichsministerium des Innern mittelst ist der Krafsterzeuger in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt untersucht und Herrn v. Unruh mehrmals Gelegenheit gegeben worden, den Apparat vorzuführen. Es ist ihm aber dabei niemals gelungen, auch nur eine Andeutung der behaupteten Elektrizitätserzeugung nachzuweisen. Da Unruh die Angelegenheit bereits durch Monate hingeschleppt hatte, ehe er sich zur Vorführung des Apparates einstellte, lehnte die Reichsanstalt es ab, sich auf weitere Vorführungen einzulassen. In der Anordnung des Apparates ist nicht das geringste zu erkennen, was auf eine Atomspaltung hindeutet. Es ist von dem Erfinder auch gar nicht verucht worden, der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt eine solche Erklärung zu geben.

Es kann nur dringend darauf gewarnt werden, irgendwelche Hoffnungen an den Krafsterzeuger des Ingenieurs v. Unruh zu knüpfen.

Musk. Am Mittwoch gibt die Kammermusik-Vereinigung der Stadt- oder in der Singalademie ihr letztes Winterkonzert. (Reders Trio, Schuberts Dienei und Wagners Heibelqu)

Prof. Heinrich Morf, ein hervorragender Erforscher der romanischen Sprachen und Literaturen, der auch längere Zeit in Berlin lehrte, ist in der Schweiz im Alter von 66 Jahren gestorben. Verleumdung französischer Kollegen verdrängte ihn aus seiner internationalen wissenschaftlichen Tätigkeit. Gedenkreise für Wilhelm Förster. Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft veranstaltet am Mittwoch, den 9. Januar, 7½ Uhr, im Resthause der Gesellschaft der Freunde, Volkshaus Pl. 9, eine Gedenkreise für ihren verstorbenen Ehrenvorsitzenden Geheimrat Wilhelm Förster.

Seht die Wählerlisten ein!

Groß-Berlin

Bürgerrat und Wohnungsluxussteuer.

Der Bürgerrat Groß-Berlin — ein reaktionäres Gebilde — hat zu dem Entwurf einer Wohnungsluxussteuer Stellung genommen und in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß der Entwurf einer gründlichen Durcharbeitung nicht standhalte. Er sei geeignet, die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes auf das schmerzliche zu schädigen und rufe insbesondere starke Bedenken hinsichtlich der Volksgesundheit wach.

Eine solche Entschließung kennzeichnet den Geist, welcher im Bürgerrat obwaltet. Wenn ein alleinstehendes Ehepaar über drei Zimmer verfügen darf, ohne von der Steuer betroffen zu werden, so ist das vom Standpunkt der Volksgesundheit bedenklich. Wenn über 1/4 Million Familien mit zahlreichen Kindern sich in Groß-Berlin mit einer aus Stube und Küche bestehenden Wohnung begnügen müssen, so scheint das der Bürgerrat ganz in der Ordnung zu finden. Die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes werden durch den Entwurf wachsend nicht gefährdet, wohl aber sollen den Wohnungsläusen, welche über die fürchtbare Wohnungsnot ihrer Volksgenossen mit Gleichgültigkeit hinwegsehen, von ihm empfindlich getroffen werden.

Zum Mord an dem Inder.

Die auf Anschuldigung der Ehefrau des Ermordeten verhafteten beiden Männer, der Kraftwagenführer Arnold und der Dreher Körwin blieben auch gestern dabei, bis zu ihrer Verhaftung überhaupt nichts von dem Verbrechen gewußt zu haben. Sie wurden einem Mieter des Hauses gegenübergestellt, der in der Nacht vorher gegen 12 Uhr zwei verdächtige Männer auf dem Hofe des Grundstücks Leibnizstr. 21 gesehen hatte. Dieser glaubt die Verhafteten wiederzuerkennen, kann sich aber wegen der herrschenden Dunkelheit mit seiner Angabe nicht festlegen. Frau Singh sagt aus, daß sie um dieselbe Zeit auch Geräusch wahrgenommen hätte und, da sie im Zimmer ihres Mannes schlief, aufgestanden sei und Licht gemacht habe. Es wird angenommen, daß die beiden aus diesem Grunde von ihrem Vorhaben abgelassen haben. Eine Zeugin bekundet, daß Arnold, der sonst leicht auf die Frauen zu sprechen war, zu ihr gesagt hatte, daß er jetzt in Hildegard Singh eine Frau gefunden habe, die ihm gefalle. Leider sei sie noch nicht geschieden und er wolle sie, da er sie wahnsinnig liebe, von ihrem Manne befreien.

Zur Frage der Befähigung Paulsens.

Eine Korrespondenz weiß zu berichten, daß der Antrag auf Befähigung des neugewählten Oberstadtschulrats Wilhelm Paulsen erst gestern beim Oberpräsidium eingegangen sei. Die Verzögerung sei dadurch entstanden, daß die erforderlichen Personalien über den Gewählten erst eingeholt werden mußten. Es dürfte daher noch einige Zeit verstreichen, bis vom Oberpräsidenten über die Befähigung Paulsens ein Entschluß einläuft.

Hoffentlich erhält Berlin nun bald seinen Oberstadtschulrat trotz des Geschreis derjenigen Kreise, die sich mit der Wahl eines Sozialdemokraten nun mal nicht abfinden können.

Der Konflikt mit den Neuköllner Notstandsarbeitern.

Bekanntlich wurde den Neuköllner Notstandsarbeitern, die bei der Verlängerung der Nord-Süd-Bahn und auf dem Industriegebiet beschäftigt sind, vor einigen Wochen durch den Magistrat gekündigt. Da trotz der Kündigung die Arbeiter nicht zum Verlassen der Arbeitsstätte zu bewegen waren, soll der Berliner Magistrat, wie wir einer Korrespondenz entnehmen, jetzt den Beschluß gefaßt haben, durch die Organe der Polizei das widerrechtliche Verhalten der Arbeitsstätten zu verhindern zu lassen. Der Polizeipräsident hat sich daraufhin sofort mit dem Betriebsrat der beteiligten

Arbeiterkchaft in Verbindung gesetzt und ihn aufgefordert, dahin zu wirken, daß die widerrechtlich betretenen Baustellen von den Arbeitern freiwillig geräumt werden. Sollte die Räumung erfolglos bleiben und die Arbeiterkchaft auch am Dienstag in die Arbeitsstätten eindringen, so würde der Polizeipräsident die nachgesuchte Unterstützung gewähren.

Wir möchten den Wunsch ausdrücken, daß die Arbeiterkchaft sich den Anordnungen des Magistrats fügen, ohne es erst auf eine Nachprobe ankommen zu lassen. Es ist der Regierung sollte es in erster Linie sein, für die Vereinstellung der erforderlichen Mittel zu sorgen, damit den Beschäftigungslosen Arbeitsgelegenheit gegeben wird.

Öffentl. Wählerversammlungen

am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr:

Wilmersdorf. Schulsaal der Hindenburgschule am Seepark. Referent: Finanzminister Lüdemann.

Schöneberg. Ullandschule, Colonnadenstr. 22/23. Referent: Willi Ramsbrod.

Tempelhof. Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Rektor Blum.

Morgen, Mittwoch, 26. Januar, abends 7 Uhr:

Schöneberg-Friedenau. Bürgeraal des Rathauses zu Friedenau. Referent: Reichsernährungsminister a. D. Robert Schmidt.

Steglitz. Schulsaal des Paulsen-Realgymnasiums. Referentin: Landtagsabgeordnete Gertrud Hanna. — Die Frauen sind besonders eingeladen.

Öffentl. Frauenversammlungen

am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr:

Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 4. Ref.: Lehrerin Antonie Pfaff, W. d. R.

Morgen, Mittwoch, 26. Januar, abends 7 Uhr:

Pankow. Schlossstr. 2 bei Pankow. Referent: Redakteur Erich Kuttner.

Karlshorst bei Huth, Treckow-Allee 68. Referentin: Minna Zodenhagen.

Niederschöneweide. Schulsaal Berliner Str. 31. Referentin: Martha Hoppe.

Monatskarten der Berliner Straßenbahnen.

Für den Bereich der vormaligen Berliner elektrischen Straßenbahnen werden am 29. und 31. Januar und 1. und 2. Februar d. J. in der Zeit von 8 bis 6 Uhr in den Zeitkartenstellen Hofmannstraße 38 und Wollankstr. 115 an Stelle der bisherigen Monatskarten solche nach dem Muster der vormaligen Großen Berliner Straßenbahn mit Monatswertmarken ausgegeben. Vom Monat März ab werden diese Zweifachstellen nicht mehr offen gehalten. Die weiterhin erforderlichen Wertmarken sind auf allen Betriebsbahnhöfen der Berliner Straßenbahn, bei der Hauptausgabestelle Berlin W. 9, Leipziger Platz 14, und in den durch Aushang in den Wagen bekanntgegebenen Verkaufsstellen (A. Wertheim G. m. b. H., A. Jandorf u. Co., Kaufhaus des Westens, Warenhaus G. Joseph u. Co., Kaufhaus, Berliner Str. 51-55, Warenhaus Wilt. Stein, R. Schauffesstr. 70/71, Bureau des Vereins junger Kaufleute, C. Weuthstr. 20) erhältlich.

Ferner wird in den Ausgabestellen Hofmannstraße 38 und Pankow, Wollankstr. 115, bei Lösung der Schülermonatskarten für Februar d. J. jedem Karteninhaber ein Antragsformular für Erteilung einer Schülerkarte für das Kalenderjahr 1921 beiliegend werden. Diese Anträge müssen bis spätestens 15. Februar d. J. von den Eltern ausgefüllt, auf einem der Betriebsbahnhöfe der Straßenbahn oder bei der Hauptausgabestelle,

W., Leipziger Platz 14, abgegeben werden. Bei Kindern im Alter von über 14 Jahren muß bei Einreichung des Antrages der Schulbesuch nachgewiesen werden. Die neuen Schülerkarten nebst Wertmarken können vom 25. Februar ab auf dem Betriebsbahnhof, auf dem die Aushändigung gewünscht wird, in Empfang genommen werden. Die weiterhin erforderlichen Wertmarken sind ebenfalls in den oben genannten Ausgabestellen für Wertmarken der Monatskarten erhältlich.

Für 150 000 Mark Teppiche, Silberfachen usw. erbeuteten Einbrecher in der Wohnung einer Frau W., Wilhelmstraße 131.

Während die Wohnungsinhaberin im Sanatorium weilte, öffneten Diebe mit Nachschlüsseln die Räume und stahlen daraus 16 Perlesteppiche, geschmücktes Tafelsilber, mehrere Porzellangruppen und eine große Anzahl Kleidungsstücke. Der Gesamtwert der Beute beläuft sich auf 150 000 Mark. Der Tat verdächtig ist ein etwa 50 Jahre alter, großer, glattrasierter Mann, der sich für einen Kaufmann Heideverm oder auch für einen Rechtsanwalt Dönnel auszugeben pflegt. Er befindet sich gewöhnlich in Begleitung einer Frauensperson, die jetzt neu eingelleidet ist.

Beim Aufspringen verunglückt. Der Unterwachtmeister von der Schutzpolizei Erich Herrmann versuchte gestern nachmittag auf der Kreuzung Scharnweberstraße—Spandauer Weg in Reinickendorf auf einen in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu springen. Dabei kam er zu Fall, wurde mitgeschleift und erlitt Verletzungen im Gesicht und am linken Unterschenkel, sowie schwere Quetschungen des linken Fußes. Er fand im Krankenhaus in der Scharnhorststraße Aufnahme.

Nette Zustände.

Auf der Suche nach Bezirksamtsträumen.

In der ersten Sitzung der Bezirksversammlung 5 (Friedrichshain) gab Genosse Wildgans im Auftrage des Bauausschusses Bericht. Der Ausschuss hat Umschau nach geeigneten Lokalitäten für das Bezirksamt gehalten und dabei merkwürdige Entdeckungen gemacht. Im Ostbahnhof wurde festgestellt, daß das dem Eisenbahnbüro gehörige schöne Gebäude durch die Benutzung als Lagerhalle in unverantwortlicher Weise verschandelt und verhungert wurde. In diesen Lagerhallen liegen große Mengen Lebensmittel, wie Mehl, Hülsenfrüchte usw., die wenig pfleglich behandelt werden und zum Teil verkommen. Die Mieter der Hallen, denen diese billig überlassen sind, fühlen sich hier sehr wohl. Die Zustände sind jedoch derart, daß die Mitglieder der Kommission den Eindruck gewannen, als ob hier eine äußerst günstige Gelegenheit für Schiebung von Lebensmitteln sei. An sich ist der Ostbahnhof durchaus geeignet, durch entsprechende Um- und Ausbauten für das Bezirksamt hergerichtet zu werden, doch wird die Ausführung dieses Projektes noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Durch einen Beschlus wurde der Magistrat ersucht, die eingeleiteten Verhandlungen wegen Mietung bzw. Erwerbs des Ostbahnhofs fortzusetzen. Außerdem wurde er ersucht, unter Mitwirkung von Vertretern des Bezirksamtes eine Untersuchung über die Verhältnisse bei der Lagerung von Lebensmitteln anzustellen.

Sehr anrüchige Zustände im wahrsten Sinne des Wortes wurden von der Kommission im Viehhof festgestellt. Hier sind riesige Hallen, die zu dem Spottpreise von 20 M. pro Quadratmeter an Private vermietet sind. In ihnen liegen ungeheure Mengen von Heu, die in Fäulnis übergehen und weithin die Luft verpesteln. Bei der Besichtigung des Viehhofes wurden die Kommissionsmitglieder durch das Verhalten des Direktors und seines Vertreters eigenartig berührt. Wenn sie nicht gewußt hätten, daß es sich um städtische Beamte handelt, hätten sie annehmen können, daß diese Herren Sachwalter der privaten Mieter sind, die deren Interessen gegenüber der Stadtverwaltung wahrzunehmen haben. Der Viehhof kommt für das Bezirksamt nicht in Betracht, die dort herrschenden faulen Zustände sollen aber, ebenso wie die auf dem Viehhof, durch den Magistrat unter Mitwirkung von Vertretern der Bezirksversammlung einer strengen Untersuchung unterzogen werden.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

Es ist ihr wohl, warm und schön; sie schließt mitunter die Augen, um es besser zu fühlen. Es kommt ihr vor, als bebe sie vor Wärme, außen und innen, zum erstenmal in ihrem Leben. Wo mag ich sein? Wie bin ich hierher gekommen? — Aber wo ich auch sein mag, wie es auch ist, wer der dort auch sei — wenn nur nichts mehr von dem ist, was früher war! Und das ist es nicht. Das ist wie losgetrennt, durchgebrochen, ich bin frei... nichts hält mich mehr.

Es ist, als könnte nie in der Welt etwas anderes gewesen sein als das rindene Kästchen dort, worin die Fische tochen, die sie für Schemeikka gefangen hat, und diese Insel hier in der Schnelle. Was dort irgendwo ist, das geht sie nichts an. Sie werden wohl auf mich wettern und schmähen. Laß sie schmähen! Ich bin ihnen nichts schuldig. Ich habe ihnen meinen Unterhalt vielfältig bezahlt.

Darf ich denn auch einmal auf der Welt neben meinem Liebsten wachen? Warten, daß er erwache? Wenn er sich recht ausschließe. Wie schön war er auf der Schnelle, groß wie ein Geist an einem nebeligen Abend! Er kam und holte mich, wie durch die Luft brachte er mich hierher. Wohin er mich wohl von hier führen will? Wird er mich noch weiter mitnehmen oder wird er mich hier lassen? Mag er tun, was er will! Wenn er mich auch hierläßt, wenn er auch wie ein Geist in der Luft zerrinnt! Ich klage nicht, und müßte ich jetzt gleich in die Schnelle springen.

Schemeikka bewegte sich in seinem Boot, erwachte nicht, wandte sich nur auf die andere Seite.

Aber vielleicht brauche ich gar nicht mehr in die Schnelle? Vielleicht ist es noch gar nicht zu Ende? Fängt vielleicht erst jetzt richtig an. Auf ihn habe ich immer gewartet, der kommen, der mich nehmen sollte — und er kam ja, nahm mich ja.

Wo ich auch bin, hier toche ich ihm jetzt — und mache neben ihm? Hier, in dem ganz Neuen und doch dem Alten so nahe, daß, wenn ich Feuer an jene Fichte legte, sie es dort sähen. Soll ich sie anzünden, damit er käme und die Ausreißer in seine „Nebste“ zurückforderte? Würde er kommen! möchte er es versuchen! „Sie ist nicht mehr die deine!“ würde ihm Schemeikka zurufen. Sie würden miteinander kämpfen. Das wäre doch seltsam anzusehen. Maria

fühlte eine unbändige Freude in der Brust, als sie es sich vorstellte. Schemeikka möchte dem armen Nicht das Leben nehmen, er packte ihn nur am Arm und schwenkte den Schlotterbeinigen so, daß er in die Schnelle saufte. Er ginge unter, bald mit dem Rücken, bald mit dem Leibe — zappelte jetzt mit den Armen, jetzt mit den Beinen, an einem Fuß einen Schuh, der andere nackt — holterdipolter die Schnelle hinunter. — Aber laß ihn, was habe ich noch mit ihm zu schaffen...

Maria hob das Kästchen mit der fertigen Fischsuppe vom Feuer, deckte es mit einem Zeugstück zu und schlich an das Boot, wo Schemeikka schlief. Sein Gesicht, über das sie zum Schutz gegen die Mücken ein Leinentuch gebreitet hatte, sah sie nicht, aber sie sah die Brust, die breite, hohe und gewölbte, die sich leise hob und senkte; sah die schlanken Glieder — und hätte sie mit der Hand streicheln mögen, wenn sie nicht gefürchtet hätte, sie werde seinen Schlaf stören. Sie streichelte sie in Gedanken, von fern, mit eingebildeten Bewegungen.

Ob ich nicht noch etwas Gutes für ihn finde, einen Lederbissen zu der Suppe, wenn er aufwacht? Sie entfernte sich tiefer in das Innere der Insel. Diese lag mitten in einer Stromschnelle, zwischen zwei gleich stark brausenden Armen. An den Ufern hin standen Birken und Erlen; in der Mitte war sie etwas höher, da lag ein Felsen, auf dem Felsen eine Moorfontäne, die mit gelben Muldbeeren besät war. Zwischen den Büschen war weiter unten Himbeergestrüpp. Während Maria auf der Insel herumstreifte, fand sie auch noch ganz in der Nähe der Feuerstelle einen wilden Johannisbeerbusch... „Ob wohl hier je vor uns jemand gewesen ist? Hier hat er mich hergebracht. Wahrscheinlich ist er auch früher hier gewesen, da er wußte, daß man hier anlegen kann. Er hat mich auf ein bekanntes Plätzchen gebracht! Aber daß er mich mitgenommen hat! Daß er mich mochte! Wer bin ich denn? Ein elternloses, namenloses Bettelmännchen, das nur für den Alten, Halbverkrüppelten gut war. Bin ich auch etwas? Er sah mich zum erstenmal, gleich nahm er mich. Sprach so, lockte so, wurde zornig, als er glaubte, daß mir nichts an ihm liege. Gehöre ich nun nicht wie einem Königssohn, einem Weiberrühmten, dem Prachtigsten in Karelien! In ein mächtiges Gefäß wird er mich führen, mit eine gute Schwiegermutter geben.“

Während sie in den Beerenbüschen auf der Insel der Stromschnelle, zwischen den Felsen umherstreifte, wo das Tosen bisweilen gar nicht zu hören war, dann wieder wie hinter großen Wäldern tönte, pflückte sie nach und nach ihr

rindenes Körbchen voll, in der Brust die Ruhe des Glücks, auf den Lippen sein Lächeln.

Schemeikka ist erwacht, hat sich das Tuch vom weitem gerissen — wo bin ich? was ist geschehen? — Da fällt ihm alles ein...

Bin ich wieder einmal unvernünftig gewesen? Habe ich wieder eine Torheit begangen? Daraus wird noch ein Krieg entstehen, eine Fehde entbrennen. Eine üble Geschichte. Was will ich mit eines Fremden Weib? Hätte ich sie in Ruhe gelassen! Was sange ich nun mit ihr an? Soll ich sie mit nach Hause schleppen — oder zurückschicken? Sie wird sich an mich klammern und heulen und weinen. Wenn sie einfähe, was für sie das Beste ist, bäte sie mich selber, sie ans Land zu rudern. Von dort würde sie sich schon am Ufer entlang heimfinden. Könnte sagen, sie habe nach den Röhren gesucht und sich verirrt, dann erführen sie nichts. Es hat dort niemand gesehen, wie wir davongefahren sind.

Es hat mich doch keine umarmt wie diese, keine so zu Tode drücken wollen. Sie wußte nichts davon, daß sie früher einen Mann umarmt hat. Ich bräuchte es auch nicht übers Herz, sie jetzt schon gehen zu lassen. Aber besser wäre es doch, sie kehrte nach Hause zurück. Dort könnten wir uns im Herbst wieder haben und immer, wenn ich vorbei komme.

Schemeikka hat sich erhoben und sich auf die Ruderbant gesetzt. Da bemerkt er das Laub, womit das Boot geschmückt ist. Solch läppisches Zeug machen sie immer. Wäre wenigstens zu essen da.

Schemeikka ist hungrig, und während des Liegens sind ihm die Glieder abgestorben. Er blüht matt und überdrüssig vor sich und speit sauer in das Boot.

Sie hat Feuer angemacht — wozu hat sie denn Feuer angemacht? Hier ist doch nichts zu kochen und zu braten. Etwas, damit es die Verfolger sehen? Die konnten einem jeden Augenblick auf den Felsen sein. Waren vielleicht schon, während er schlief vorbeigefahren und lauerten nun unterhalb der Schnelle.

Er stand auf und trat das Feuer aus und schleuderte das angefohlte Holz mit dem Fuß ins Wasser. Ging wieder zu dem Boote, um seinen Ehranzen hervorzuholen, und riß dabei das Laub vom Rand des Bootes ab. Fand den Kanzen und legte sich auf einen Stein. In dem Kanzen zeigten sich an Speiseresten ein Brotkrust und die Schwanzhälfte eines gesalzenen Fisches.

(Fortf. folgt.)

Teilnahme an der Bekämpfung der Märzunruhen nach Berlin geschickt und in der Andreasstraße untergebracht. Nach seiner Behauptung hätte er den Befehl erhalten, mit seinen Leuten die Lange Straße abzusperrn. Am 12. März schritt er die Straße unter dem wiederholten Rufe: „Straße frei! Fenster zu!“ auf und ab und soll nach der Behauptung einer Reihe von Belastungszeugen blindwütend auf einige Personen, die in der Straße sich aufhielten oder an den Fenstern ihrer Wohnung sich zeigten, geschossen und grundlos sechs Personen, darunter eine zwölfjährige Schülerin, erschossen haben.

Vor drei Monaten gelang es dem Verteidiger, die Aufrechterhaltung des Angeklagten von der

Anklage des Mordes in 4 Fällen

zu erlösen, dagegen blieb die Anklage wegen Tötung des 27jährigen Flügellegers Karl Becker und der 12jährigen Schülerin Stövel bestehen. Gegen den Angeklagten und sein Verhalten am 12. März brachten eine Reihe Zeugen, namentlich auch Verwandte der Erschossenen, schwere Beschuldigungen vor, indem sie mit mehr oder weniger Bestimmtheit in Markus den Soldaten wiederzuerkennen vermeinten, dem die tödlichen Schüsse zur Last zu legen seien. A.-L. Dr. Kron führte nach Beendigung der umfangreichen Beweisaufnahme u. a. aus: Die Handlungsweise des Angeklagten sei nur unter dem höheren Gesichtspunkte der Staatserhaltung oder der Staatszerstörung zu betrachten. Wenn die Geschworenen ein Urteil gegen den Angeklagten fällen wollten, dann müßten sie sich vor Augen halten, daß es sich damals darum handelte, die damalige Regierung einer gewalttätigen Minderheit auszuliefern. A.-L. Dr. Kron beantragte die Freisprechung sowohl von der Hauptanklage als auch von der nebenstehenden Anklage des Betruges und der Unterschlagung. In diesen Fällen handelte es sich darum, daß er einen ihm überlassenen Dienstmantel nicht zurückgegeben hatte und nach seiner Entlassung unter dem Vorgeben, er sei Quartiermacher für seine Schwadron, einen Gutsbesitzer in Stoffelde, bei dem er früher in Quartier gelegen, aufgefaßt und von dort ein Rad und einen Rucksack mitgenommen hatte. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen bezüglich der Tötung und gaben ihren Wahrspruch nur auf Schuldig der Unterschlagung ab. Der Gerichtshof verwurtele den Angeklagten zu 5 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Der Angeklagte wurde nach 20 Monate dauernder Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt.

Der deutsche Pastor.

Kürzlich fand vor dem Schöffengericht in Königsberg A.-M. die Verhandlung gegen den wegen Landesverrat angeklagten Genossen Rathherrn Köhler und einen weiteren wegen schwerer und leichter Körperverletzung sowie wegen Sachbeschädigung angeklagten Genossen statt.

Der Grund der Anklage war folgender:

Am 21. Mai v. J. hielt die deutschnationale Volkspartei in Königsberg A.-M. eine öffentliche Versammlung ab. Der Referent des Abends, Hochachtungswürdiger Pastor Koch, Stadtverordneter in Berlin, hielt eine Rede, in der die Regierungsmänner als Verbrecher und sonstige verabscheuenswürdige Subjekte hingestellt wurden und besonders die Arbeiterklasse als eine vaterlandsklägliche Clique beschimpft wurde. Durch diese Beschimpfungen größter Art gereizt, entstand ein bestiger Tumult in der Versammlung. Der 2. Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, der neben anderem Genossen Köhler saß, bat diesen, da er doch den größten Einfluß auf die Bürgerschaft habe, für Ruhe zu sorgen. Köhler bat zur Beruhigung der Anwesenden um das Wort, was ihm vom Leiter der Versammlung auch gestattet, jedoch vom Referenten abgelehnt wurde. Auf die nachmalige höfliche Anfrage des Genossen Köhler, sprechen zu dürfen, erwiderte ihm der Referent, von Verbrechern lasse er sich nicht unterbrechen. Diese Worte teilte Köhler der Versammlung mit. Durch Zwischenrufe des Pastors Koch aufs neue gereizt, drängten 30-40 Personen vor das Podium, und bei dem nun entstehenden Tumult wurden verschiedene Personen schwer verletzt; ein Arbeiter erhielt einen Messerstoß in den Kopf.

Bei der Gerichtsverhandlung konnte man seitens der deutschnationalen die sonderbarsten Äußerungen hören. So wußte der Leiter der Versammlung, Seminardirektor Beißenhirt, mit Bestimmtheit, daß der Redner des Abends von Verbrechern unter der Regierung und den Arbeiterführern nicht gesprochen hätte. Dagegen konnte ein anderer Zeuge, Studentent Prof. Roms, unter Eid aus, daß fräuliche Äußerungen gefallen sei. Herr Koch selbst bestritt lebhaftest die ihm zur Last gebrachten Bemerkungen, vielmehr habe er nur (1) gesagt, die derzeitige Regierung sei durch Verbrechen, Eibbruch, Verfassungsbruch und Betrug an ihre Stelle gelangt, einer solchen Regierung sei er keinen Gehorsam schuldig, und er werde auch weiter diese Behauptungen aufstellen. Eine Reihe von Angehörigen der Deutschen Volkspartei machte Ausführungen, die eine glatte Rechtfertigung für die Ankläger enthielten. Trotzdem hielt der Vertreter der Anklage diese aufrecht und beantragte Bestrafung des Genossen Köhler. Er beantragte hierauf gegen Köhler eine Geldstrafe von 500 M., gegen den anderen Angeklagten 2 Monate und 18 Tage Gefängnis. Die Verteidiger wiesen auf die zahllosen Widersprüche in den Aussagen der deutschnationalen Zeugen hin und beantragten Freisprechung. Das Urteil gegen Köhler lautete auf 300 M. Geldstrafe, gegen den Mitangeklagten auf 50 M. Geldstrafe.

Dieser Fall erinnert stark an die Militärjustiz, die nicht den Offizier bestraft, der einen Soldaten mißhandelt hatte, sondern die gegen den beschwerdeführenden Soldaten eine schwere Strafe verhängte. Wer war nun in diesem Prozess Kläger, wer Angeklagter? Es gibt noch Richter in Königsberg!

Preußen und die Beamtenräte.

Das Preussische Staatsministerium hat sich nach der „Dema“ in seiner Monatsnummer mit der Frage der Beamtenräte befaßt. Die Ansicht des Staatsministeriums geht dahin, daß unbedingt daran festgehalten werden muß, daß bei den einzelnen Behörden Beamtenvertretungen mit Befugnissen geschaffen werden, die etwa den Bestimmungen des vom Reichsministerium des Innern dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwurfes betr. Beamtenräte entsprechen. Die Frage, ob neben diesen Beamtenvertretungen noch besondere zentrale Beamtenvertretungen für den Umfang des Reichs und der Länder geschaffen werden sollen, wird ebenso wie die Einzelheiten der Bestimmungen des Entwurfs bei der Durchberatung des Reichsgesetzentwurfes zu erörtern sein.

Senatwahlen in Lübeck. Die Bürgerchaft wählte gestern den sozialdemokratischen Redakteur Otto Friedrich an Stelle des aus dem Senat geschiedenen Bürgermeisters Dr. Fehling mit 114 gegen 34 Stimmen, die auf den bürgerlichen Kandidaten Oberbaucrat Hase fielen, zum hauptamtlichen Senator.

Wer weiß etwas? In der „Roten Fahne“ werden die kommunistischen Kandidaten Binsner und Wolf aufgeführt, ihre Adressen sofort dem Sekretariat telephonisch zu übermitteln, andernfalls sie als Kandidaten gestrichen werden. Die Rotz wirft ein nettes Licht auf die innigen Beziehungen zwischen Partei und Kandidaten in der R.P.D. Wenn diese sich über die politische Vergangenheit ihrer Kandidaten ebenso gut informiert wie über ihre Adresse, so kann sie später im Landtag hübsche Erfahrungen machen.

Der Streit um die Bismarck-Erinnerungen. Wie der „Dema“ aus Stuttgart gebracht wird, soll in den Verhandlungen des Göttischen Verages mit den Bismarck'schen Erben nunmehr eine Wendung im Sinne einer beabsichtigten Einigung eingetreten sein. Wie verlautet, soll der dritte Band der Bismarck'schen Erinnerungen bereits Mitte Mai zur Ausgabe gelangen.

Landtagswahlen in Lippe-Deimold.

Bei den Landtagswahlen in Lippe-Deimold, die am Sonntag stattfanden, erlitten die Sozialdemokraten 26059 (23 203), die Unabhängigen 2277 (6795), die Kommunisten 3565 (—) Stimmen. Für die Demokraten wurden 9450 (8637), für die Deutsche Volkspartei 15 892 (14 937), für die Deutschnationalen 18 395 (18 001) und für die Liste der Christlichen Gewerkschaften 4961 (—) Zettel abgegeben. Die eingekammerten Ziffern enthalten das Ergebnis bei den Reichstagswahlen. An Mandaten werden die Sozialdemokraten 8, die Unabhängigen 0, die Kommunisten 1, die Demokraten 2, die Volksparteiler 4, die Deutschnationalen 5 und die Christlichen Gewerkschaftler 1 erhalten. Ueber die Regierungsbildung ist zurzeit noch nichts bekannt. Der Stimmenzuwachs unserer Genossen um dreitausend Stimmen ist ein erhellender Beweis dafür, daß es für die Sozialdemokratie auch in Lippe-Deimold aufwärts geht. Die Unabhängigen aber erlitten einen Verlust von mehr als 4500 Stimmen.

Ein Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der brieflichen Wahl, die zum erstenmal in Deutschland durch Lippe eingeführt ist, morgen bekanntgegeben werden.

Furchtbares Grubenunglück.

Deisau, 24. Januar. (M.) Auf dem Friedenshacht der Gewerkschaft Deutschland wurden heute vormittag durch Schlagende Wetter 38 Bergleute getötet, während 21 schwerverletzt geborgen werden konnten. Die weitere Belegschaft konnte gerettet werden. Die Arbeiten auf der ganzen Schachtanlage sind zunächst eingestellt worden.

Kriegsgewinnler als Rittergutsbesitzer.

Folgender Fall wird uns mitgeteilt: Im August 1919 kaufte ein ehemaliger Angestellter von Berthelmann namens Ahrendt das Rittergut Kienow im Kreise Kolberg. A. hatte im Kriege mit einem Sozjus eine Fabrik zur Herstellung stoffiger Luft betrieben, seine Gewinne gingen in die Millionen, während das Anlagekapital nur wenige Tausend Mark betragen haben soll. Die erste Aufgabe als Rittergutbesitzer erlosch der neue Landwirt darin, daß er sich das ebenfalls erworbene alte Adelschloß in Sternin mit allem Komfort der Neuzeit ausbauen ließ.

Das Rittergut Kienow mußte fast täglich alle Gespanne für die Anfuhr der Baumaterialien zum Umbau des Schlosses in Sternin stellen. Die wiederholten Einprüche des Outsoverwalters und der Arbeiter von Kienow beantwortete der Gutsherr mit der Zurückweisung „ich bin der Herr und kann mit meinem Gute machen, was ich will“. Infolge der Verwendung der Gespanne zu Ausfahrten für das Schloß konnte der Inspektor nur 30 Morgen Roggen an Stelle von 400 Morgen bestellen. 50 Morgen Weizen, die ebenfalls durch Gespannmangel nur oberflächlich bestellt werden konnten, ergaben einen Ertrag von genau 24 Zentnern. Durch die Inanspruchnahme der Gespanne zu Ausfahrten konnten auch für die Frühjahrsbestellung im Herbst keine Arbeiten gemacht werden.

Der Gutsherr von Sternin und Gutsherr von Kienow ließ sich sein Schloß mit allem Luxus ausstatten. Es arbeiteten daran gegen 30 Maurer und sonstige Handwerker vom August 1919 bis Juli 1920. Die Kosten sollten sich auf circa 1 Million Mark belaufen. Im Gegensatz hierzu bewohnt der verheiratete Beamte in Kienow eine Wohnung im Stallgebäude, die ungesund und klein ist. Die Arbeiterwohnungen sind zum Teil schlechter als in Rußland. Für „seine Leute“ hatte der „Gutsherr“ kein Geld mehr, um ihnen menschenwürdige Wohnungen zu schaffen. Ja, im Frühjahr hatte er nicht einmal soviel Geld, um den erforderlichen künstlichen Dünger zu kaufen, denn er ist wohl der Ansicht, daß das Getreide ohne ihn ebenso gut wächst.

Aber ein Trost: Herr Ahrendt ist ein sehr frommer Mann, der täglich Gebetungen anstellt. Wer nicht mitbetet, wird sehr bald entlassen. Freilich: würden nämlich alle Güter im Besitz von solchen frommen Buchstabenchristen sein, dann müßte das deutsche Volk sehr schnell verhungern.

Völkerbund gegen Volksbetrug!

Konno, 24. Januar. Die Ostische Telegraphen-Agentur meldet: Der Vorsitzende der Völkerbunds-Kommission, Oberst Chardigny, gab dem Ostischen Außenminister die offizielle Erklärung, daß der Völkerbund der polnischen Regierung einen Protest gegen die Einberufung der „Winaer Nationalversammlung“ überhandt und die Einstellung der Sejmwahlen verlangt habe. Chardigny versicherte, daß die Winaer Versammlung nicht zusammenzutreten werde.

Es handelt sich um eine „Volksvertretung“, die dem Eroberer Zeligowski den Stiefel lassen und — entsprechend ihrer Zusammenfassung — „freiwillig“ den Anschluß an Polen proklamieren soll.

Tosko, 24. Januar. (M.B.) In seiner letzten Rede hat sich der Minister des Auswärtigen Graf Uchida folgendermaßen geäußert: Wenn wir zurzeit die Hoffnung auf Rußland aufgeben müssen, das sich noch in chaotischen Verhältnissen befindet, so ist ernstlich zu hoffen, daß Deutschland, da seine Willigkeit zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen, insbesondere der im Friedensvertrag enthaltenen, allgemein anerkannt wird, binnen kurzem in den Völkerbund aufgenommen werden kann.

Zum Abstimmungsergebnis von Livorno.

Ueber das endgültige Abstimmungsergebnis auf dem italienischen Parteitag zu Livorno, das bekanntlich zur Spaltung zwischen „reinen“ Kommunisten auf der einen und „gemäßigten“ Kommunisten sowie dem Turatistflügel auf der anderen Seite führte, sei noch folgendes nachgetragen:

Die gemäßigten Kommunisten unter Führung von Serrati und d'Arragona siegten bekanntlich mit 98 028 Stimmen gegen 58 783, die den reinen Kommunisten (Graziadei-Bombacci-Misiano) und 14 690, die den „Konzentrationisten“ (Turati-Treves) zustießen. Es gab 981 Stimmenthaltungen. Ebenso wie in Frankreich fand bereits während des Parteitages und erst recht nach der Spaltung eine Annäherung zwischen dem Serrati-Flügel, der etwa der Richtung Longuet gleichkommt, und dem Turati-Flügel, der, soweit die Stellungnahme zum Bolschewismus in Betracht kommt, der Richtung Renaudel-Blum entspricht, statt.

Zur Beurteilung der Stimmung im italienischen Proletariat je nach der geographischen Lage ist es interessant festzustellen, daß die reinen Kommunisten das Übergewicht nur allein in der Lombardie besitzen, und zwar nur ein sehr geringes Übergewicht gegenüber den Serratinianern: 17 799 gegen 16 126, sowie 1883 für Turati bei 981 Stimmenthaltungen. In Piemont und in Ligurien, d. h. in der Gegend von Turin und Genua, hatte wiederum die Serrati-Richtung ein keines Übergewicht: 20 272 gegen

15 815 für die „Reinen“ und nur 853 für den rechten Flügel. In Emilien (Mittel-Italien) war die Serrati-Mehrheit noch deutlicher: 20 720 gegen 11 010. In dieser Gegend zählt Turati seine meisten Anhänger (7128). In der Toscana, Venetien und in Latium (Rom) ist ebenfalls ein starkes Übergewicht der „Gemäßigten“ festzustellen: 27 528 gegen 17 229 und 2023 für den rechten Flügel. Schließlich in Süd-Italien verjagen die „Reinen“ über eine starke Minderheit: 6772 gegen 10 311 und 2838 für die „Konzentrationisten“.

Was die einzelnen italienischen Großstädte anbelangt, so hat Mailand eine deutliche Mehrheit von über 2500 Stimmen für Serrati gegen die extremen Kommunisten ergeben, ebenso Rom und Genua. In Bologna halten sich die beiden Richtungen fast genau in der Waagschale, in Mantua verfügen die Moskauer über eine geringe Mehrheit, ebenfalls in Venedig, in Florenz und vor allem in Turin. Das Übergewicht des italienischen Kommunismus hat sich seit der Rechtschwenkung des „Avanti“, bzw. dessen Chefredakteur Serrati auf Turin verlegt, wo jetzt die hauptsächlichste Tageszeitung der italienischen Kommunisten „Avanti Nuovo“ erscheint.

Der niedergebrüllte Paul Levi.

Wir erzählten bereits, daß die unabhängigen Delegierten Dittmann und Rosenfeld in Livorno zwar erschienen waren, daß ihnen jedoch das Wort verweigert wurde. Aus den Berichten der italienischen Blätter geht aber hervor, daß auch Paul Levi beinahe dasselbe Mißgeschick widerfahren wäre. Als der Vorsitzende seine Anwesenheit mitteilte und ihm das Wort geben wollte, erhob sich ein ungeheurer Lärm. Der Vorsitzende hatte alle Mühe, den mißtrauischen Kongreßteilnehmern beizubringen, daß Levi kein „Sozialverräter“, sondern ein Kommunist sei. Aber die Kongreßisten, die wohl seinen Namen niemals gehört hatten, glaubten es ihm nicht gleich, und es dauerte eine gute Weile, ehe der Vertreter der R.P.D. sich Gehör verschaffen konnte. . . .

Lenins fünfzig Millionen.

Der kommunistische Abgeordnete Düwelle hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

Der Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein hat im „Vorwärts“ erklärt, Beweise dafür zu besitzen, daß die deutsche Reichsregierung während des letzten Krieges die russischen Postler Lenin, Trotski und andere mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt oder doch ihre Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden zugelassen habe. Ist der Reichsregierung diese Behauptung des Abgeordneten Bernstein bekannt? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um durch Nachprüfung der Angaben des Abgeordneten Bernstein Licht in die von ihm behauptete Korruptionsaffäre zu bringen?

Eine russische Protestnote an Polen behandelt die sandrechtliche Hinrichtung von neun Rotgardisten deutscher Staatsangehörigkeit.

Deutsch als Gerichtssprache in Elbich-Cosbringen zugelassen. Auf Antrag des Conseil Consulari verfügte der Generalkommissar, daß in Zukunft die Plaidoyers der Anwälte außer in französischer Sprache auch in hochdeutsch bzw. Elbich-Deutsch geführt werden können, wenn die Befragten es verlangen.

Der Reichsverband der Deutschen Presse, Bezirksverband Berlin, veranstaltete am Sonntag aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Verbandes im Volkshaus des Reichstages eine Festigung. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und Chefredakteur Georg Bernhard hielten die Festreden.

Die Sozialdemokratie

Ist die Partei, die auf dem Boden der demokratischen Republik eine sozialistisch überzeugte Volksmehrheit sammeln will, um mit ihrer Hilfe den Umbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur sozialistischen herbeizuführen. Sie vertritt die Interessen aller mit Hirn und Hand schaffenden Menschen gegen die Interessen des Mammons, sie kämpft für eine neue Weltanschauung der brüderlichen Solidarität gegen den Egoismus der Nationen und Klassen.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei ist der „Vorwärts“.

In ihrem Sinne wirkt er unermüdet für die politische Aufklärung des arbeitenden Volkes, kämpft er für Volksfreiheit gegen die Wiederkehr des alten Herrtums, für Einigkeit gegen Zersplitterung und Spaltung. Wer da eingesehen hat, daß die Zersplitterung das größte Unglück für die Arbeiterbewegung ist, der muß fest zur Sozialdemokratie und zum „Vorwärts“ stehen!

Der „Vorwärts“ unterrichtet seine Leser und Leserinnen mindestens ebenso schnell und umfassend wie irgendein großes bürgerlich-kapitalistisches Blatt über alle Ereignisse.

Die illustrierte Beilage

„Volk und Zeit“

ergänzt die Berichterstattung durch lebendige Anschauung. Sorgfältig ausgewählte Romane und eine neu eingeführte Textbeilage

„Heimwelt“

erweitern den reichhaltigen Unterhaltungsstoff. Der „Vorwärts“ ist und will sein das Blatt der geistig und sozial aufstrebenden Arbeiter, Angestellten, Beamten und besonders auch der Frauen. Jeder Monat bringt ihm Tausende neuer Leser. Wir sind daher überzeugt, daß auch Sie von dem folgenden Bestellzettel Gebrauch machen werden.

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark für Februar.

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende wollen beim Postamt ihres Wohnortes bestellen.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

born _____ Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.

bei _____

